

## **1997: Ein unerfreuliches Jahr für die Schweiz**

### **Schweiz, ein Wegwerfartikel**

Das Jahr 1997 war noch viel schlimmer als die vorhergehenden: Aus dem Ausland, aber auch dem Inland hagelte es nur so von Beschimpfungen und Verleumdungen. Unsere staatlichen Werte, Unabhängigkeit, Neutralität und die direkte Demokratie, wurden nicht nur vom Ausland, sondern auch zu Hause von den Medien und massgebenden politischen Kreisen als rückständig und unnötig zur Seite geschoben - wie ein **Wegwerfartikel der modernen Ueberflussgesellschaft**. Schweizer, die sich wehren, lässt man zu Hause nicht zum Wort kommen; im Ausland werden sie, auch von offizieller Seite (wie die USA und die EU-Kommission), mit einer im zwischenstaatlichen Verkehr unerhörten Arroganz oder ganz einfach mit Drohungen zum Schweigen gebracht.

Aus dieser negativen Einstellung heraus wird die Schweiz in allen Fragen, sei es das Nazigold, die Holocaust-Opfer, die bilateralen Verhandlungen mit der EU, oder gar das jüngste schreckliche Drama in Luxor unter Druck gesetzt. Die kleine Schweiz müsse auf den von den anderen Staaten als richtig befundenen Weg gezwungen oder, wenn sie nicht wolle, bestraft werden. So wie gemäss dem New York Times das Drama in Luxor ein "Fingerzeig Gottes" an die Schweiz gewesen sei für ihre angebliche Neutralitäts-Ueberheblichkeit und ihr Unabhängigkeits-Fimmel.

### **Nazigold und Holocaust-Opfer**

Als Bundesrat Delamuraz zu Beginn der Nazigold-Affaire und der Guthaben von Holocaust-Opfern bei Schweizerbanken von Erpressung sprach, wurde er in der Schweiz von seinen Kollegen und politischen Kreisen gezwungen, sich dafür öffentlich zu entschuldigen. Die Vertreter der Politik eines "versöhnlichen Leisetretens" hofften so, die Vorwürfe an die Schweiz für ihr angeblich "unmoralisches"

Verhalten während dem letzten Weltkrieg mit offiziellen Entschuldigungen und recht tiefen Bücklingen gleich zu Beginn aus der Welt zu schaffen.

Inzwischen dürften auch sie und mit ihnen die Mehrheit des Schweizervolkes herausgefunden haben, dass es den Klägern weniger um eine moralische Wiedergutmachung geht - wobei man dann gelegentlich auch den Beweis erhalten möchte, dass die bisher gezahlten Millionen wirklich bei einwandfrei als Holocaust-Opfer festgestellten Menschen angelangt sind - als darum, möglichst viel Geld aus der angeblich reichen und zu "Unrecht" vom letzten Krieg verschonten Schweiz herauszuholen. Anders wäre das jüngste Angebot der zuständigen jüdischen Welt-Organisationen an die grossen Schweizerbanken kaum zu verstehen, die ganze Sache mit einer Abfindung von einer Milliarde Schweizerfranken ein für allemal zu erledigen. Oder, um von vielen ein weiteres Beispiel zu nennen, die kürzlich vor dem Knesseth an die Schweiz gestellte Forderung, auch die Solidaritäts-Stiftung ausdrücklich in den Statuten für Holocaust-Opfer vorzusehen.

Damit wird seitens der Fordernden die ständig hochgespielte "moralische Wiedergutmachung" zum Gegenstand eines - es gibt kein anderes Wort dafür - "**makabren Feilschens**" um den Wert der dem Holocaust zum Opfer gefallen **Menschenleben**. Jedenfalls etwas, das in der Schweiz von allen betroffenen Stellen mit Empörung, und diesmal als wirklich "unmoralisch", zurückzuweisen wäre. Dass überhaupt ein solcher Vorschlag offiziell gemacht wurde, zeigt nur allzudeutlich wie sehr Bundesrat Delamuraz Recht hatte.

### **Erpressungen aus Brüssel**

Wenn auch das Ende der **bilateralen Verhandlungen** noch nicht abzusehen ist, so zeichnet sich doch in allen Punkten eine deutliche **Kapitulation der Schweiz** ab. Beim Landverkehr haben die Konzessionen ein Ausmass erreicht,

wodurch gemäss seriösen Expertisen der Transport von 40 Tönnen (soweit er nicht heute bereits weitgehend toleriert wird) durch die Schweiz wesentlich billiger sein wird als über Oesterreich oder Frankreich.

Soll dann die auf die Alpen zurollende Lawine von Lastwagen von der Strasse auf die Schiene verlegt werden, hätte die Schweiz zusätzlich massive Subventionen zu zahlen. Von dem immerhin verfassungsrechtlich festgelegten **Umweltschutz** redet kaum mehr jemand, vielmehr wird alles getan, um die durch den grösstenteils europäischen Nord/Süd-Transport verursachte Luftverschmutzung von Frankreich und Oesterreich auf die Schweiz zu verschieben. Dazu ist die Schweiz in Augen von Brüssel gerade noch gut genug - eine Art europäischer Mülldeponie.

Aus der gleichen Mentalität heraus werden die Schweizer Unterhändler mit den zusätzlichen Forderungen, insbesondere dem Verzicht auf die dringend benötigten Schutzklauseln im Falle eines überbordenden Lastwagenverkehrs, gezwungen, die bilateralen Verträge dem Volk vorzuenthalten, oder bei dessen Nein auf das in Brüssel liegende Beitritts gesuch zurückzukommen. Oder ist es gerade das, was die EU mit ihrer Hinhaltepolitik oder immer wieder neuen Forderungen von der Schweiz erpressen will: ein als **Nettozahler** interessantes Mitglieds der EU zu werden, das als Kleinstaat ohnehin nicht viel zu sagen hätte.

### **Zustrom gefährlicher Ausländer**

Als Bundesrat Koller am 24. Oktober in Luxemburg den Vorschlag machte, dem Dubliner Uebereinkommen über die Harmonisierung der Asylpraxis zwischen den EU-Staaten mit einem Parallelabkommen beizutreten, wurde das schroff abgelehnt. Erst müssten die bilateralen Abkommen unterzeichnet und vom Schweizervolk genehmigt werden. In Tat und Wahrheit ist es zweifellos mehr im Interesse der EU-Staaten, das Prinzip des "**Erst-Asyl-Landes**" gegenüber der Schweiz anwenden zu können, als umgekehrt.

Als ein weltweit beliebtes Asyl-land dürften die Fälle der Schweiz als Erst-Asyl-land zahlreicher sein als diejenigen von Flüchtlingen, die zuerst in einem EU-Staat um Asyl nachgesucht haben, dort abgewiesen worden sind und bei ihrer Flucht in die Schweiz gemäss dem Dubliner Übereinkommen von dem betreffenden EU-Staat zurückzunehmen wären. Zudem hätte sich die sofortige Unterzeichnung des von Bundesrat Koller vorgeschlagenen Parallelabkommens beim schweizerischen Stimmbürger nur positiv in bezug auf die Annahme eines freien Personenverkehrs auszuwirken vermocht. Stattdessen wird von der EU eine Öffnung unserer Grenzen für einen ungehinderten Personenverkehr, und das ohne die von der Schweiz geforderten Schutzklauseln, verlangt.

Wer dann alles über die EU zu uns gelangt, dürfte die bereits heute äusserst prekäre Sicherheit der Bürger vor Terroristen, Drogenhändlern und anderen gefährlichen Ausländergruppen noch mehr in Frage stellen. Dabei haben die Ereignisse in Luxor gezeigt, dass es sich nicht um vereinzelte Aktionen unwichtiger Splittergruppen, sondern um weltweit geplante Einschüchterungsmanöver gegenüber den jeweils betroffenen Ländern und Regierungen handelt. Sehr oft leben die Drahtzieher solcher Aktionen nicht nur in Grossbritannien, sondern auch bei uns und unseren EU-Nachbarn und sind in der Regel über diese zu uns gelangt. Das Volk sollte deshalb bereits bei dem bilateralen Vertrag über den freien **Personenverkehr** ein gewichtiges Wort mitzureden haben, denn das eine ist mit dem anderen verhängt, besonders in einem Land, das über den grössten prozentualen Anteil von Ausländern auf der ganzen Welt verfügt.

### **Jetzt mehr Standhaftigkeit**

Die vorstehenden Ausführungen könnten mit zahllosen weiteren, ebenso schwerwiegenden Beispielen ergänzt werden: Irgendwie ist der **Schweiz der Mut zum Widerstand**, zum Ablehnen unzumutbarer, ja man wäre

versucht zu sagen, frecher und ungerechtfertigter Forderungen verloren gegangen. Geschweige denn mit Gegenmassnahmen, wie sie ausdrücklich vom geltenden Völkerrecht als zulässig anerkannt werden, zu reagieren.

Dabei sind die Verhältnisse bei uns wirtschaftlich, politisch und sozial immer noch besser geordnet als in den meisten uns so arrogant behandelnden Staaten. Die Sicherheit von Leib und Leben, und zwar gleich für Schweizer wie für die bei uns lebenden Ausländer, ist immer noch besser gewährleistet als anderswo. Auch die weltweit vorherrschende Arbeitslosigkeit ist in tragbaren Schranken geblieben. Aus unserer Vielsprachigkeit heraus haben wir für das Andersartige Verständnis und Respekt. Aber als ein weltweit offenes Land, sind wir der Ueberflutung durch unliebsame und rechtsfeindliche Menschen besonders ausgesetzt und der Arroganz anderer Staaten stehen wir hilflos gegenüber...

### **Ein Neujahrswunsch**

Das könnte anders sein, wenn nur die Entscheidungsträger in Regierung, Parlament, Politik und Wirtschaft endlich den Mut finden würden, zu reagieren. Auf die Unterstützung des Volkes könnten sie dabei jederzeit zählen, denn der Mehrheit des Volkes fehlt es nicht am Mut dazu. Hoffentlich bringt 1998, gewissermassen als Jubiläumsgeschenk, eine grundlegende Besserung.